



Abb. 1 Die Villa in der Gelfertstraße

von Thomas Schöbel

Etwas abgelegen in der Gelfertstraße, nördlich des heutigen Otto-Suhr-Instituts, war seit September 1938 die Publikationsstelle Berlin-Dahlem (PuSte) ansässig. Diese historische Forschungseinrichtung war ein Eckpfeiler der so genannten „Deutschen Ostforschung“ und unterstützte damit maßgeblich die Revisionspolitik des NS-Regimes in Osteuropa.

Entscheidender Förderer der Publikationsstelle war der Archivar und Historiker Albert Brackmann. Eine weitere Verbindung nach Dahlem besteht zum „Preußischen Geheimen Staatsarchiv“, welches Brackmann seit 1929 leitete und in dessen Räumlichkeiten sich zunächst auch die PuSte befand.

Sofort nach seiner Berufung zum Generaldirektor versuchte Brackmann das preußische Archivwesen nach seinen Vorstellungen neu zu gestalten. Er konnte dabei finanziell und personell aus dem Vollen schöpfen, da seine Berufung auf den ausdrücklichen Wunsch des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun erfolgte. Unter anderem gründete er das „Institut für Archivwissenschaft“ (IfA) als Ausbildungsstätte innerhalb des Geheimen Staatsarchivs. Brackmann verfolgte bei seiner Umgestaltung drei grundlegende Ziele.

1. Die Nutzung der Archivbestände zur Durchsetzung revisionistischer Forderungen.
2. Die Ausbildung von Archivaren und Historikern im IfA für seine Zwecke.
3. Behinderung des Archivzugangs für unerwünschte Personenkreise.

Welche Personen unerwünscht waren, ist unschwer zu erraten. Natürlich betraf dies in erster Linie osteuropäische Historiker und Archivare, die aus Brackmanns Sicht deutschfeindlich eingestellt waren. Brackmann hatte bereits früh mit Missfallen registriert, dass diese sich intensiv mit den deutschen Ostgebieten befassten und zu diesem Zweck diverse Institutionen in Polen eingerichtet wurden. Noch in seinem ersten Amtsjahr revidierte er den erst 1928 geschlossenen Austauschvertrag mit der Sowjetunion und verweigerte sowjetischen Wissenschaftlern unter dem Vorwand möglicher Spionagetätigkeit den Zugang zu den Archivbeständen.¹ Als noch größer schätzte Brackmann die

Gefahr durch polnische Wissenschaftler ein. Insbesondere der Abwehrkampf gegen diese Personengruppe war ein prägender Aspekt seiner Arbeit. Zusammen mit seinem Partner Papritz sammelte er im Rahmen des neuen „Staatsarchivs für die Provinz Grenzmark Westpreußen“ Daten über die Nutzung deutscher Archive durch polnische Forscher. Zu seiner Bestürzung musste er feststellen, dass viermal so viele Polen in deutschen Archiven forschten als umgekehrt. Wegen Brackmanns Einstellung, die hinter jedem polnischen Forscher einen nationalistischen Kämpfer gegen das Deutschtum vermutete, verlangte dieses Ergebnis nach schnellem Handeln. Im Juli 1931 sah Brackmann seine Stunde gekommen. Er lud zu einer Konferenz im preußischen Staatsministerium um eine neue Ausrichtung der deutschen Ostforschung zu diskutieren. Die Teilnehmer waren mehrheitlich Archivare, aber auch Osthistoriker und Vertreter des Auswärtigen Amtes. Brackmann machte dabei in seinem Vortrag deutlich, dass die deutsche Ostforschung in der Weimarer Republik eine zu passive Haltung eingenommen habe und insbesondere die Ausbildung der Archivare und Historiker den neuen Anforderungen nicht gewachsen sei. Er forderte deshalb eine verbesserte Ausbildung in polnischer Sprache und Geschichte, die hauptsächlich durch „sein IfA“ geleistet werden sollte. Er hegte die Hoffnung, dass bald eine zur Abwehr genügend gerüstete breite Front dem „Ansturm der Polen“ gegenüberstehe.²

Neben besserer Ausbildung sah Brackmann noch zwei weitere Punkte als wichtig an. Erstens sollte die deutsche Ostforschung besser koordiniert und vereinheitlicht werden, da sich die bisherigen Institutionen als nicht fähig erwiesen hätten. Zweitens sollte die polnische Forschung genauer analysiert werden um eine Kartei missliebiger Personen anlegen zu können. Diese beiden Aufgaben sollten zukünftig vom „Publikationsfonds Berlin-Dahlem“ übernommen werden. Noch 1931 nahm diese neue Forschungseinrichtung in den Räumen des Geheimen Staatsarchivs ihre Tätigkeit auf, um die historisch-politischen Fragen des gesamten Ostens zu behandeln. Zunächst war die Einrichtung nur begrenzt arbeitsfähig und existierte lediglich als „Einmann-Institut“ in der Person Albert Brackmanns.³

Doch der „Cerberus der Archivstraße“⁴ arbeitete daran, dies zu ändern. Er nutzte zu diesem Zweck seine führende Stellung im preußischen Archivwesen und seine guten politischen Kontakte. Durch geschickte Lobbyarbeit gelang es ihm, die entscheidenden Personen im Innen- und Außenministerium von seinen Plä-

nen zu überzeugen. Die politischen Entscheidungsträger schätzten an Brackmanns Vorschlägen insbesondere die Tatsache, dass sie durch die Archivverwaltung Kontrolle über die Forschung ausüben konnten. Dieses Konzept einer Wissenschaft als Handlanger der Politik fand beim preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun großen Anklang. Brackmann profitierte bei seinem Vorgehen auch vom Niedergang der Leipziger „Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung“, die nach methodologischen Streitigkeiten und einem Veruntreuungsskandal 1931 aufgelöst wurde.

In der deutschen Ostforschung war ein Machtvakuum entstanden, das Brackmann beabsichtigte auszufüllen. Mit Hilfe der Ressourcen des Geheimen Staatsarchivs konnte er den Dahlemer Publikationsfonds entsprechend positionieren. Im Laufe des Jahres 1932 vervierfachten sich die Zuwendungen durch das Reichsministerium des Innern, sodass die Bibliothek und Kartenbestände kontinuierlich ausgebaut sowie erste Forschungsaufträge vergeben werden konnten.⁵ Eine der umfangreichsten Aufgaben von Beginn an war die Sammlung und Übersetzung polnischer Medien. Geeignetes Personal dafür war allerdings schwer zu finden. Neben ersten Absolventen des IfA arbeiteten hauptsächlich externe Forscher für die neue Einrichtung. Hauptaugenmerk lag dabei auf vier Themengebieten:

1. Untersuchung der aktuellen Beziehungen des Deutschtums zum slawischen Osten
2. Siedlungs- und Kulturgeschichte
3. Außenpolitik
4. Einfluss des Deutschtums im Polen der Vorkriegszeit

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten Anfang des Jahres 1933 konnte sich die Ostforschung endgültig eine führende Stellung im Wissenschaftsapparat erarbeiten. Die neuen Eliten registrierten schnell, dass dieses Forschungsgebiet für ihre Interessen wichtig war, und die Ostforscher sahen endlich die Möglichkeit gekommen ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Die „Publikationsstelle Berlin-Dahlem“ (PuSt), wie sich Brackmanns Institution ab April 1933 nannte, wollte dabei natürlich nicht zurückstehen. Neben der reibungslosen Zusammenarbeit mit offiziellen Stellen, wie zum Beispiel der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo), diente der 7. „Internationale Historische Kongress“ in Warschau im August 1933 zur Profilierung für die Publikationsstelle. Da sich

dieser schwerpunktmäßig mit osteuropäischer Geschichte befassen sollte, war es notwendig die deutschen Teilnehmer mittels einer Publikation auf strittige Fragen vorzubereiten. Wie nicht anders zu erwarten, argumentierte dieses „Vademecum“ im Zweifel zugunsten deutscher Interessen, vermied dabei aber eine allzu aggressive Wortwahl.⁶ Ähnliches lässt sich auch über den PuSte-Sammelband „Deutschland und Polen“ vom August 1933 behaupten, der ganz im Zeichen der zunächst zurückhaltenden NS-Außenpolitik stand. Der geschickte Taktierer Brackmann verstand es sehr gut für seine Sache zu werben, indem er Adolf Hitler persönlich ein Exemplar zukommen ließ.⁷ Die PuSte konnte zeigen, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Am 19. und 20. Dezember 1933 folgte der letzte Schritt in der Neuordnung der Ostforschung. Zusammen mit anderen maßgeblichen Institutionen brachte Brackmann die Gründung der „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ (NOFG) auf den Weg. Neben der PuSte waren der VDA, der „Bund Deutscher Osten“ (BDO) sowie Außen- und Innenministerium entscheidende Befürworter dieser neuen Institution. Als Vorbild dienten dabei verschiedene regionale Forschungsgemeinschaften, die als Nachfolgeorganisationen der „Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung“ bereits gegründet worden waren. Im Fokus stand dabei erneut die Etablierung einer kämpfenden Wissenschaft im Dienste der Politik. Brackmann betonte die neue Ausrichtung der Forschung im Sinne der Ostpolitik Adolf Hitlers.⁸

Organisatorisch wurde die NOFG ähnlich den anderen regionalen Forschungsgemeinschaften aufgebaut. Die „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (SOFG), die „Alpenländische Forschungsgemeinschaft“ (AFG), die „Westdeutsche Forschungsgemeinschaft“ (WFG) und die „Überseedeutsche Forschungsgemeinschaft“ (ÜFG) standen ab 1934 für eine weltweite Vertretung deutscher Interessen bereit.

Die Koordination dieser so genannten „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ (VFG) erfolgte durch eine Kooperation des VDA mit dem Innenministerium sowie dem Auswärtigen Amt. Die beiden Reichsministerien zeichneten sich auch hauptsächlich für die finanzielle Unterstützung verantwortlich. Albert Brackmann wurde der Vorsitz der NOFG übertragen und die PuSte fungierte quasi als Geschäftsstelle der neuen Forschungseinrichtung. Neben Brackmann gehörten dem Vorstand der NOFG Hermann Aubin, Walter

Recke, Theodor Oberländer und, zeitweilig beratend, Hektor Ammann an. Die politischen Vorstellungen dieser Wissenschaftler entstammten allesamt nationalkonservativen Kreisen. Der Vorstand war entscheidend für die Ausrichtung der Forschung zuständig, indem er Tagungen und Förderprogramme organisierte.

Die NOFG war mit bis zu 78 angegliederten landeskundlichen Instituten die größte der regionalen Forschungsgemeinschaften. Die wichtigsten dieser Institute waren das „Institut für osteuropäische Wirtschaft“ in Königsberg, das „Ostland-Institut“ in Danzig und das „Osteuropa-Institut“ in Breslau. Die Leiter dieser Einrichtungen waren ebenfalls Mitglieder der NOFG und unterstanden dem Vorstand. Diese sehr funktionale Hierarchie ganz im Sinne des NS bezeichnet Fahlbusch auch als „Selbstgleichschaltung“.⁹ Das Territorium, mit dem sich die NOFG beschäftigte, umfasste zunächst die heutigen Staaten Polen, Weißrussland, Litauen, Lettland, Estland und die Tschechische Republik. 1936 weitete man die Forschung auf den gesamten Ostseeraum aus und bezog auch Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark sowie Teilgebiete Russlands mit ein. Im Zuge dieser Ausweitung erfolgte am 1. April 1936 eine Namensänderung in „Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“.

Albert Brackmann hatte endgültig sein eigenes Machtimperium etabliert. Das Ziel, eine inhaltlich und territorial nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus neu ausgerichteten Ostforschung, war weitestgehend erreicht. Die Volkstumsforscher hatten die Weichen gestellt um im Auftrag der Politik die bedeutsamen Fragen im neuen Deutschland zu beantworten. Im Laufe des Jahres 1934 festigte Brackmann zudem seine Position innerhalb der historischen Wissenschaften durch die Übernahme der „Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte“. Im Zuge der Neuordnung der akademischen Landschaft zählte Brackmann 1935 auch zu den Liquidatoren der „Historischen Reichskommission“ und verdrängte liberalere Historiker wie Friedrich Meinecke oder Hermann Oncken aus dem Wissenschaftsbetrieb.¹⁰ 1936 schied Brackmann aus dem Archivdienst aus und übergab die Leitung der PuSte an Papritz, behielt aber als Vorstand der NOFG seine führende Stellung in der Ostforschung bis 1945 bei.

Die beiden Einrichtungen erlebten ein rasches Wachstum. Die Publikationsstelle konnte 1936 bereits über 20 Mitarbeiter verzeichnen. Dies führte, zusammen mit den ständig wachsenden Beständen, zu einem akuten Platzmangel in den Räum-

lichkeiten des Geheimen Staatsarchivs. Zudem hatte, nach dem Ausscheiden Brackmanns aus dem Archivdienst, der neue Leiter Zipfel weitaus weniger Interesse an der Ostforschung. Es dauerte allerdings ganze zwei Jahre bis ein geeignetes Objekt für den Umzug gefunden wurde. Am 23. September 1938 mietete die PuSte das Anwesen in der Gelfertstraße 11. Papritz sowie der IfA-Absolvent Wolfgang Kohte schieden aus dem Archivdienst aus und übernahmen die Leitung der Publikationsstelle. Somit wurde diese offiziell vom Preußischen Geheimen Staatsarchiv unabhängig.

Der Personalbestand stieg kontinuierlich und wird im Februar 1943 mit 55 Personen angegeben.¹¹ Neben dieser Tatsache lässt sich die führende Stellung der PuSte im volkswissenschaftlichen Diskurs auch an den außerordentlich hohen finanziellen Zuwendungen erahnen. Diese übertrafen 1941 sogar die Förderung des „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ des NS-Ideologen Walter Frank.¹² Somit ist wohl auch die Behauptung Brackmanns, dass die Publikationsstelle zu einer „Zentralstelle für die wissenschaftliche Beratung“¹³ des NS-Regimes aufstieg, als realistisch einzuschätzen.

Dem raschen Zuwachs an landeskundlichen Instituten, die sich der NOFG anschlossen wurde 1937 mit einer organisatorischen Neuordnung Rechnung getragen. Dem neuen Vorstand bestehend aus Brackmann, Aubin, Papritz und Kohte wurde ein Beirat von bis zu 60 Personen untergeordnet. Diese Gebiets- und Fachvertreter wurden in die Verteilung des Etats und bei bestimmten fachlichen Entscheidungen einbezogen. Die Struktur der NOFG deckte damit fast alle kulturwissenschaftlichen Fachsparten ab und arbeitete im höchsten Maße interdisziplinär.¹⁴

Bis November 1943 arbeitete die PuSte in Dahlem. Danach wurde sie aufgrund der zunehmenden Bombenangriffe auf Berlin nach Bautzen verlegt. Insbesondere die wertvollen Bibliotheksbestände sowie die wichtigsten Karteien („Deutsche Volksliste“) sollten dadurch geschützt werden. Durch den Umzug, kriegsbedingte Personalverluste und zunehmende Unstimmigkeiten zwischen Papritz und Kohte wurde die Arbeit entscheidend belastet. Bis kurz vor Kriegsende verblieben die Bestände in Bautzen bevor sie nach Coburg gebracht und von Papritz vollständig den Amerikanern übergeben wurden. Angesichts seiner Intentionen nach 1945 kann davon ausgegangen werden, dass Papritz die Bestände durch diesen letzten Umzug vor einem sowjetischen Zugriff retten wollte.

Zu erwähnen ist noch, dass die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ (VFG) ab Mitte des Jahres 1943 zunehmend unter die Gleichschaltung der SS von Heinrich Himmler gerieten. Nachdem Himmler das Innenministerium übernommen hatte unterstellte er die Volkstumsforschung der Oberaufsicht des „Reichssicherheitshauptamtes“ (RSHA). Diese Maßnahme ist auch an den veränderten Aufgaben der Forschungsgemeinschaften abzulesen, die seitdem verstärkt Aufgaben für SS-Organisationen wie den „Sicherheitsdienst“ übernahmen. Letztendlich gingen die Tätigkeiten der VFG's wegen des totalen Kriegseinsatzes im Laufe des Jahres 1944 ständig zurück. Die letzte dokumentierte Tagung fand im Dezember 1944 statt, wobei Brackmann und Papritz sich bis zuletzt als rege Teilnehmer erwiesen.

Arbeit der PuSte und der NOFG

Die Aufgaben der PuSte und der NOFG lassen sich aufgrund zahlreicher personeller und arbeitsteiliger Überschneidungen sehr schwer voneinander trennen. Dennoch kann eine Aufteilung dahingehend vorgenommen werden, dass die PuSte für den Großteil der praktischen Arbeiten zuständig war und sich die NOFG eher auf theoretische Forschung beschränkte. Zum Beispiel fungierte Brackmann, als Leiter der NOFG, als alleinige Entscheidungsinstanz für sämtliche Forschungsanträge im Bereich der Ostforschung.¹⁵ Die Arbeit zur Beurteilung der Anträge erledigte aber größtenteils die PuSte.

Wie bereits dargestellt zählten zu den ersten Aufgaben der Publikationsstelle hauptsächlich Übersetzungs- und Sammlungstätigkeiten. Die Übersetzungen der osteuropäischen Presse und einschlägiger Fachliteratur wurden anschließend interessierten Reichsministerien und Parteistellen zur Verfügung gestellt.

Die Übersetzungen wurden aber auch auf Wunsch der politischen Führung erstellt, wie eine Anfrage nach Hassattacken gegen Deutschland in polnischen Zeitungen, durch das Innenministerium, beweist.¹⁶ Nach Kriegsbeginn 1939 bekamen Übersetzungen polnischer und tschechoslowakischer Exilpresse, sowie russischer Medien einen größeren Stellenwert. Erstere als „Futter“ für die Propagandamaschinerie des NS, Letztere als kriegswichtige Informationen. Diese Veränderung ist ebenfalls an der Zunahme der Empfängerstellen auszumachen, zu denen jetzt auch das „Reichssicherheitshauptamt“ (RSHA), der „Sicherheitsdienst der SS“ (SD) und die militärischen Oberkommandos gehörten.

Zu den frühen Tätigkeiten der PuSte zählte der Aufbau einer Kartei über osteuropäische Wissenschaftler und Forschungsinstitutionen. Diese diente schon bald als umfassendes Informationsinstrument für Ministerien, Partei und SS. Es ist davon auszugehen, dass diese Kartei später als Hilfsmittel bei der Verhaftung von osteuropäischen Persönlichkeiten diente.¹⁷ Nach der Besetzung Polens wurde die PuSte systematisch in die Erfassungs- und Umsiedlungsmaßnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung eingebunden. Als Selektionsmittel von Bevölkerungsgruppen diente die „Deutsche Volksliste“, welche für die Eindeutschung von Personen herangezogen wurde. Die danach vorgenommenen Einstufungen hatten drastische Auswirkungen. Je ungünstiger die Eingruppierung, desto schwieriger die (Über-)Lebenssituation. Die PuSte besaß die zweifelhafte Ehre die Zweitkartei dieses Repressionsinstrumentes zu verwalten und vor Bomben zu sichern.

Im Sinne der NS-Rassenideologie agierte die Publikationsstelle auch beim Aufbau der „Volkstumskartei“ die Reichsangehörige mit nichtdeutscher Volkszugehörigkeit und Ausländer erfassen sollte. Als Grundlage diente die Volkszählung von 1939. Gesondert wurden dabei insbesondere Juden und Zigeuner, diese sogar mit einem Verweis zum Blutmischungsgrad, aufgenommen. Es wurde beabsichtigt, die Riesenkartei von fast 400.000 Einträgen allen relevanten Verwaltungsbehörden zur Verfügung zu stellen. 1942 wurde sie erstmalig an den Reichsgau Niederdonau abgegeben. Neben diesen beiden rassenideologischen Karteien erstellte die PuSte im Kriegseinsatz zudem Bibliographien über Weißrussland, die Ukraine und zur deutsch-polnischen Frage.

Ein weiteres Gebiet, auf dem die PuSte sehr aktiv agierte, war die Sammlung und Herstellung von Kartenmaterial. Auch hier lag das Hauptaugenmerk auf Polen und der Darstellung der Unterschiede zwischen ethnischen und politischen Grenzen um den „polnischen Imperialismus“ darzustellen. Weitere wichtige Kartenwerke erschienen im Zuge des Münchner Abkommens um die Grenzziehungen zur Tschechoslowakei festzulegen. Für die Kriegsvorbereitungen nahm die Kartenproduktion erheblich zu. Insbesondere ethnographische Karten dienten als mörderische Hilfe. Diese sehr detaillierten Karten enthielten selbst Angaben über Minderheiten von nur wenigen hundert Personen. Das Militär verwendete solche Karten zum Beispiel um bei Bombardierungen die

ukrainischen Siedlungen in Polen zu verschonen, da die ukrainische Minderheit als taktische Manövriermasse gegen die Polen eingesetzt werden sollte.¹⁸ Die Vermutung liegt nahe, dass die Karten auch zur Durchführung des Völkermordes dienten. Diese Annahme wird dadurch gestärkt, dass der Chefkartograph der PuSte Franz Doubek ab 1942 auch für das Planungshauptamt VI/I von Konrad Meyer arbeitete, welches federführend für den so genannten „Generalplan Ost“ war.

Besondere Beratungsfunktionen nahmen Mitarbeiter der PuSte und der NOFG in den Grenzziehungskommissionen des neu gegründeten Sudetengaus und in Polen war. Insbesondere Johannes Papritz erwies sich hier als gefragter Experte, der befriedigt feststellen konnte, dass sich die Einrichtung der Publikationsstelle „im jetzigen Krieg gelohnt“ habe und dass es „wohl kaum einem [...] Institut bisher vergönnt gewesen [ist] seine Kräfte und Arbeiten so unmittelbar zum Nutzen der deutschen Interessen einsetzen zu können, wie der Publikationsstelle“.¹⁹ Als weitere Folge des Krieges übernahmen die Ostforscher auch Aufgaben bei der Sicherstellung von Kulturgütern. Papritz war als Leiter der Archivkommission in Lettland und Estland für die Erfassung der dortigen Archivbestände, insbesondere der Kirchenbücher zuständig. Der kulturhistorische Experte der PuSte Hermann Weidhaas war zudem für die Erschließung wichtiger Archivalien in Krakau eingeteilt und maßgeblich am Kunstraub in der Stadt beteiligt. Bekanntestes Beutestück war dabei der Hochaltar des Bildhauers Veit Stoß, welcher nach Nürnberg gebracht wurde.²⁰ Neben Archivmaterialien war die PuSte stark am Ausbau ihrer Bibliotheksbestände interessiert. Aus diesem Grunde bemühte man sich in Person von Gerhard Sappok um die „Bibliothèque Polonaise“ in Paris, welche letztendlich, wenn auch nur kommissarisch, in den Besitz der PuSte überging. Zusammen mit Beständen die aus Polen und dem Baltikum nach Dahlem gelangten, stellte die Bibliothek eine der besten Sammlungen ihrer Zeit dar.²¹

Neben diesen praktischen Aufgaben waren die Publikationsstelle und die NOFG als Denkfabriken der Ostforschung von Bedeutung. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Publikationen herausgegeben und insgesamt elf inhaltliche Tagungen durch die NOFG durchgeführt. Zu den wichtigsten Publikationen zählten die Schriftenreihen „Deutschland und der Osten“, „Deutsche Städteführer im Osten“, die „Nordostschriften“, die „Ostland-Reihe“ sowie die Zeitschrift

„Jomsburg“. Daneben wurden zahlreiche Einzelpublikationen gefördert. Beide Stellen nutzten zur Verbreitung ihrer Ideen ihre guten politischen Kontakte um so Einfluss auf die entsprechenden Entscheidungsträger zu nehmen. Selbst junge Wissenschaftler, die noch am Anfang ihrer akademischen Karriere standen konnten sich so in der NS-Verwaltung einen Namen machen. Um darzustellen, welchen ideologischen Hintergrund die Arbeit der Ostforscher hatte, sollen Arbeiten von Wissenschaftlern sowie Auszüge aus Tagungsprotokollen erwähnt werden. Neben Äußerungen der Führungseliten werden zwei Forscher exemplarisch vorgestellt. Zum einen der mehrfach mit Forschungsaufträgen der NOFG ausgestattete Kurt Lück und zum anderen der NOFG-Fachvertreter für Rassenkunde Otto Reche.

Albert Brackmann machte in seinen Schriften nie einen großen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber den Polen und pflegte sein ethnozentrisches Geschichtsbild. Bereits in dem noch als moderat einzustufenden Sammelband „Deutschland und Polen“ postuliert er die vermeintliche Überlegenheit der deutschen Kultur, indem er behauptet, dass die slawischen Völker noch in einem „tiefen intellektuellen Schlummer lagen“, als auf deutschem Boden bereits kulturelle Zentren wie z.B. das Kloster Corvey existierten.²²

Deutlicher wird Brackmann in der Veröffentlichung „Krisis und Aufbau in Osteuropa“ für die SS-Forschungsgemeinschaft „Deutsches Ahnenerbe“ aus dem Jahr 1939. Das deutsche Volk wird hier als einziger Träger und Verteidiger der westlichen Kultur im Osten betrachtet. Deutschland habe über Jahrhunderte Europa vor der Barbarei bewahrt und deshalb als einzige westeuropäische Nation das Recht sich mit der Zukunft des Ostens zu befassen. Als Resümee wird die deutsche Kultur der slawischen als „turmhoch überlegen“ bezeichnet.²³ Seine rassistischen Ansichten werden später auch in der Verärgerung über falsche Grenzziehungen deutlich, wenn Brackmann befürchtet, dass 400.000 „waschechte Polen“ ins Reich einbezogen würden. Den Umsiedlungsmaßnahmen in den besetzten polnischen Gebieten widmete er daher auch seine gesteigerte Aufmerksamkeit und erkannte recht schnell, dass man die polnische Bevölkerung nicht überall belassen werde und eine rein deutsche Grenzbevölkerung anstrebe. Euphemistisch fragte er letztendlich „wohin wir 8 Millionen Polen schicken sollen“.²⁴

Die Involvierung Brackmanns in das „Umvolkungsprogramm“ der Nationalsozialisten wird außerdem durch seine eingehende Beschäftigung mit der Ansiedlung von Niederländern im Bereich Danzig deutlich. Aufgrund dringender Fragen der Bevölkerungspolitik sah Brackmann die NOFG gefordert ihr Sofortprogramm zur Erfassung der ethnischen Minderheiten in den östlichen Grenzgebieten zu intensivieren. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die entsprechenden Tagungen der NÖFG zeitlich eng mit dem Entstehen bzw. der Überarbeitung des Generalplans Ost zusammenfallen.

Die enge Einbindung der PuSte und der NOFG war auch dadurch möglich, da insbesondere die Führungseliten immer wieder den politischen Anspruch ihrer Forschung klarstellten. Hermann Aubin verglich sie mit den Aufgaben der „Fliegeraufklärung“, die bis in das „Herz des gegnerischen Landes“ vordringen müsse.²⁵ Papritz bemerkte angesichts der Ereignisse von 1938, dass an Wissenschaft wegen der außerordentlichen politischen Beanspruchung der Professoren nicht zu denken sei.²⁶ Brackmann konkretisierte folgerichtig seine Arbeit noch einmal mit den Bemerkungen, dass die Zeiten vorbei seien, „in denen jeder treiben konnte, was er wolle“ und dass der Dienst am Vaterland im Vordergrund stehe. Da verwundert es auch nicht mehr, dass Brackmann den Kriegseinsatz der PuSte förderte, indem er die besten Mitarbeiter vom Militärdienst befreien ließ, um für alle Dienststellen insbesondere aber für die Wehrmacht „beste politische Arbeit zu leisten“.²⁷

Die Arbeiten Kurt Lücks waren wie die Brackmanns stark vom Glauben an die Überlegenheit der deutschen Kultur geprägt. Unter Annahme des Konzeptes eines kulturellen West-Ost-Gefälles führte Lück in „Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens“ fast alle Aspekte der polnischen Kultur auf einen deutschen Ursprung zurück. Letztendlich führte dieser einseitige Kulturaustausch nach Lück dazu, dass sich zwei völlig unterschiedliche Völker herausgebildet hätten. Einerseits der deutsche Willensmensch, der sich durch Sorgfalt, Ordnungssinn und Zähigkeit auszeichne und andererseits der rührselige Pole ohne die Fähigkeit zum abstrakten Denken. Die Arbeit schließt mit der Behauptung „die Deutschen hätten durch ehrenvolle Arbeit das Recht erlangt in ihrem Heimatland zu leben“. In seinem späteren Werk „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur“ packt Lück dann alle noch so primitiven Vorurteile gegenüber den slawischen Völkern aus,

indem er rassistische Witze anführt oder abschätzig Redewendungen wie „polnische Wirtschaft“ pseudowissenschaftlich erklärt. Den Höhepunkt dieser mehr als fragwürdigen Publikation bilden seine Ausführungen zum unterschiedlichen Körpergeruch verschiedener Rassen. So sei der Geruch von Schwarzen für Weiße unerträglich und in ganz Deutschland würden Juden als stinkende Rasse aufgefasst.²⁸

Lück zeichnet sich 1941 auch für die Jubelbroschüre „Deutsche Volksgruppen aus dem Osten kehren heim ins Vaterland“ verantwortlich. Darin werden in bester Propaganda-Manier die Dankbarkeit einzelner Personen über ihre „Heimkehr“ dargestellt und die Auswirkungen der Umsiedlungen bagatellisiert. Lück behauptet, dass die neuen Volksdeutschen viel stärker mit den schlechten Voraussetzungen in den ehemaligen polnischen Gebieten zu kämpfen hätten, als die Polen, welche in nette, ordentliche, deutsche Dörfer im Osten überführt würden. Die Leiden der polnischen Bevölkerung werden in dem Werk weitaus harmloser dargestellt als die Behandlung der Deutschen in Polen vor 1939.²⁹ Anhand dieser Beispiele ist erkennbar, dass Kurt Lück die Anforderungen einer politischen Wissenschaft erfüllte.

Während Lück noch weitgehend primitive Vorurteile bediente, waren die Schriften Otto Reches von einem wesentlich schärferen Ton geprägt. Seine Überlegungen gründeten sich eindeutig auf rasseideologische Gesichtspunkte. 1939 bat er Albert Brackmann um Unterstützung beim Innenministerium. Reche betonte dabei die langjährige Erfahrung in der Rassenforschung und seine anthropologischen Kenntnisse über Polen, sodass er am besten zu entscheiden wisse, welche Volksgruppen rassistisch nützlich seien und welche unter allen Umständen aus dem deutschen Siedlungsraum ausgeschlossen werden müssten. Er betonte dabei, dass es nicht sein Interesse sei, im Osten ein lediglich sprachlich germanisiertes Völkergemisch mit polnischem Charakter zu erhalten und fügte dazu an: „Wir brauchen Raum aber keine polnischen Läuse im Pelz“. Brackmann war diesbezüglich Reches Meinung, und so entstand Reches Denkschrift „Grundlegende Prinzipien der demographisch-politischen Sicherstellung des deutschen Ostens“. Hier ein paar Auszüge, welche die Haltung gegenüber den besetzten Ostgebieten widerspiegeln: „Der gewonnene Raum soll ausschließlich dem Deutschen Volk und der Deutschen Zukunft dienen. Deutsches Blut wurde nur für dieses Ziel verschüttet. Das neu erworbene Land

muss von allen fremden, ethnischen Elementen gesäubert werden. Alle fremden Rassen und Völker müssen umgesiedelt werden.“ „Die gegenwärtigen Einwohner der eroberten Gebiete sind zum größten Teil rassistisch unbrauchbar. Vor allem die zwei Millionen Juden und Halbjuden müssen so schnell wie möglich herausbefördert werden.“ „Es ist zu empfehlen soviel wie möglich rassistisch und genetisch nützliche deutschstämmige Kleinbauern aus Weißrussland, der Ukraine, von der Wolga, aus dem Kaukasus, von der Krim sowie aus Bessarabien mit polnischen Siedlern auszutauschen.“ „Die Tatsache, dass die neuen Gebiete nach der Vertreibung der Juden und Polen über Jahre nur sehr dünn besiedelt sein werden, stellt keine Schwierigkeit dar. Mittels Nutzung von Maschinen in großen staatlichen Betrieben werden ertragreiche Ernten und extensive Viehwirtschaft möglich sein.“³⁰ Otto Reche geht in einem späteren Beitrag zum 70. Geburtstag Albert Brackmanns sogar so weit, dass er eine slawische Geschichtsepoche kategorisch ausschließt.³¹

Diese Zitate stehen beispielhaft für die Arbeit der Publikationsstelle als auch der NOFG und stellen keine Einzelfälle dar. Antisemitische, rassistische und weitere NS-ideologische Schriften waren an der Tagesordnung im wissenschaftlichen Betrieb der Ostforschung. Umso verwunderlicher ist die Tatsache, dass die Ostforschung nach 1945 erstaunliche Kontinuitäten aufweist.

Ostforschung nach 1945

Die führenden Köpfe der Ostforschung tauchten recht bald wieder im wissenschaftlichen Betrieb auf. Lediglich Albert Brackmann war bereits zu alt und isoliert in der sowjetischen Besatzungszone. Er verstarb letztendlich am 17. März 1952 in Berlin-Dahlem. Hermann Aubin hingegen durfte bereits 1946 wieder in Göttingen lehren und schickte sich umgehend an die Ostforschung neu zu etablieren. Er gründete zu diesem Zweck den „Göttinger Arbeitskreis“, dem auch sein ehemaliger NOFG-Kollege Oberländer angehörte. Ab 1950 begann das Revival der Ostforschung in der Bundesrepublik. Zahlreiche Institute wurden gegründet, von denen insbesondere der „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat“ in Marburg die alten Ostforscher wieder vereinte. Auch Recke und Papritz waren prominente Mitglieder. Albert Brackmann wurde als Ehrenglied zum mindesten nominell integriert. Die Strukturen des neuen Institutes glichen dabei sehr stark alten Organisationsformen.

Neben Aubin, der 1953 sogar Präsident des „Deutschen Historikerverbandes“ wurde, machte sicherlich Theodor Oberländer die schillerndste Karriere der ehemaligen NS-Forscher. Unter Konrad Adenauer begleitete er von 1953 bis 1960 das Amt des „Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“. Allerdings holte ihn seine Vergangenheit wieder ein und so musste er aufgrund des öffentlichen Drucks am 04. Mai 1960 von seinem Posten zurücktreten.

Wissenschaftlich ging der „Kampf um den Osten“ weiter. Aus einem deutschen Revisionismus wurde kurzerhand ein westeuropäischer und die Ostforscher erwiesen sich als wahrhafte Streiter gegen den Kommunismus. Bereits 1948 hatte Papritz die USA in ihrer Verantwortlichkeit als neue Weltmacht aufgefordert sich die langjährige Erfahrung der Publikationsstelle zunutze zu machen. Die Amerikaner zeigten aber kein gesteigertes Interesse und so musste man sich beim „Herder-Forschungsrat“ mit der Beratertätigkeit für die Bundesregierung begnügen. Erst 1969 unter Willy Brandt ging der Einfluss der Ostforscher auf das Bundeskanzleramt zurück.

Nach Beurteilung aller vorliegenden Fakten kann davon ausgegangen werden, dass die Publikationsstelle Berlin-Dahlem sowie die Nordostdeutsche Forschungsgemeinschaft durch ihre wissenschaftlichen Untersuchungen einen Beitrag zur NS-Politik geleistet haben. Einzelne Personen wie Albert Brackmann besetzten dabei wichtige Schlüsselpositionen und konnten sehr direkt die Forschungsausrichtung beeinflussen. Insbesondere die in zahlreichen Zitaten ausgedrückte Unterwerfung unter das Diktat der Politik lässt auf eine entscheidende Beteiligung von PuSte und NOFG am unmenschlichen NS-System schließen. Insbesondere in der Bevölkerungspolitik im Osten nahmen beide Einrichtungen eine exponierte Stellung ein, da sie als koordinierende Instanz aller relevanten Forschungsinstitute fungierten.

Die zahlreichen dargestellten Aufgaben beider Organisationen zeigen, dass sie entscheidend an der Parzellierung Europas, am organisierten Kulturraub sowie an der wissenschaftlichen Vorbereitung des Holocaust beteiligt waren. Aufgrund ihres interdisziplinären Ansatzes unterstützten beide Stellen sowohl ethno- als auch geopolitische Prämissen der NS-Regierung. Die Publikationsstelle und die NOFG lieferten unter anderem die inhaltlichen Rechtfertigungen für die Politik und Ideologie des NS. In einer Doppelfunktion waren sie einerseits Produktions-

stätte der Volkstumsideologie und andererseits Vollzugs- sowie Verwaltungsinstanz zur Umsetzung derselben.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: Thomas Schöbel

- ¹ Vgl. Burleigh : Germany, S. 49.
- ² Vgl. Burleigh : Germany, S. 50ff, Fahlbusch : Wissenschaft, S. 212ff, zitiert nach Brackmann.
- ³ Fahlbusch : Wissenschaft, S. 215, zitiert nach Aubin.
- ⁴ Burleigh : Germany, S. 46.
- ⁵ Vgl. Burleigh : Germany, S. 55.
- ⁶ Vgl. Burleigh : Germany, S. 59ff, Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 218.
- ⁷ Vgl. Burleigh : Germany.
- ⁸ Vgl. Burleigh : Germany, S. 71ff, Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 198ff.
- ⁹ Fahlbusch : Wissenschaft, S. 188.
- ¹⁰ Vgl. Schönwälder, Karen : Historiker und Politik : Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. – Frankfurt am Main [u.a.] : Campus-Verl., 1992, S. 66-89.
- ¹¹ Fahlbusch : Wissenschaft, S. 559.
- ¹² Ebd.; S. 205.
- ¹³ Ebd.; S. 548, zitiert nach Brackmann.
- ¹⁴ Zur Zusammensetzung dieser Beiräte Vgl. Burleigh : Germany, S. 136 und Fahlbusch : Wissenschaft, S. 187.
- ¹⁵ Zur Forschungsförderung Vgl. Goguel, Rudi : Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im Zweiten Weltkrieg, untersucht an drei Institutionen der deutschen Ostforschung. - Berlin : Humboldt-Univ., Diss., 1964, S. 41ff, Vgl. Camphausen, Gabriele : Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933 - 1945. - Frankfurt am Main [u.a.] : Lang, 1990, S. 198ff.
- ¹⁶ Burleigh : Germany, S. 97.
- ¹⁷ Fahlbusch : Wissenschaft, S. 570.
- ¹⁸ Ebd.; S. 565ff.
- ¹⁹ Fahlbusch : Wissenschaft, S. 557, zitiert nach Papritz.
- ²⁰ Vgl. Goguel : Mitwirkung, S. 150ff.
- ²¹ Vgl. Burleigh : Germany, S. 228ff, Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 563.
- ²² Burleigh : Germany, S. 67, zitiert nach Brackmann.
- ²³ Vgl. Burleigh : Germany, S. 151ff, Schönwälder : Historiker, S. 143ff.
- ²⁴ Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 552, 549.
- ²⁵ Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 74.
- ²⁶ Ebd., S. 211.
- ²⁷ Vgl. Burleigh : Germany, S. 137, Vgl. Fahlbusch : Wissenschaft, S. 547.
- ²⁸ Vgl. Burleigh : Germany, S. 110ff.
- ²⁹ Ebd.; S. 180ff.
- ³⁰ Zur gesamten Korrespondenz Reche/Brackmann vgl. Burleigh : Germany, S. 166ff.
- ³¹ Vgl. Burleigh : Germany, S. 242ff.